

Presseinformation Nr. 62/2010

Pressesprecher: Martin Ittershagen

Mitarbeiter/innen: Stephan Gabriel Haufe, Dieter Leutert,
Fotini Mavromati, Martin Stallmann, Doreen Redlich (Sekretariat)

Adresse: Postfach 1406, 06813 Dessau-Roßlau

Telefon: 0340/2103 -2122, -6625, -2250, -2318, -2507, -2637

E-Mail: pressestelle@uba.de

Internet: www.umweltbundesamt.de

Internet: www.fuer-mensch-und-umwelt.de



Trotz Finanzkrise: Menschen in Deutschland fordern mehr Umweltschutz

85 Prozent erwarten konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien

Wie eine im Frühjahr 2010 für das Umweltbundesamt (UBA) mit 2008 Personen durchgeführte Repräsentativumfrage zeigt, sind fast zwei Drittel der Befragten (62 Prozent) der Ansicht, dass der Staat mehr für den Umweltschutz tun sollte. 61 Prozent sprechen sich für eine Vorreiterrolle Deutschlands in der internationalen Klimaschutzpolitik aus. Und 85 Prozent der Befragten stimmen dem Statement zu: „Wir brauchen einen konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien“. Ähnliche hohe Akzeptanzwerte erreicht das umweltpolitische Ziel „Erhöhung der Energieeffizienz“. Große Beiträge des Staates – mittels strengerer Gesetze sowie Streichung umweltschädlicher Subventionen – erwarten rund drei Viertel. „Die Umfrage widerlegt Befürchtungen, dass die Finanzkrise den Umweltschutz in den Augen der Menschen in Deutschland weniger wichtig machen würde.“, sagte UBA-Präsident Jochen Flasbarth.

Hohe umweltpolitische Erwartungen richten die Befragten neben dem Staat vorrangig an die Wirtschaft: Große Beiträge zum Umwelt- und Klimaschutz können nach rund 90 Prozent der Befragten die Industrie und die Energieversorger leisten, in dem sie umweltfreundlicher produzieren. Dass die Automobilindustrie durch die Entwicklung umweltfreundlicher Autos viel tun kann, sehen rund 85 Prozent.

Eine Mehrheit der Befragten sieht auch Möglichkeiten selbst etwas für den Umweltschutz zu tun: Hier sehen im Bevölkerungsdurchschnitt zwischen 58 und 68 Prozent der Befragten die Chance durch umweltfreundliches Konsumverhalten oder weniger Autonutzung sowie weniger Flugreisen einen Beitrag zu leisten. Viele Bürgerinnen und Bürger sind in ihrem Verbraucherverhalten umweltbewusst: Zwei Drittel der Befragten kaufen nach eigener Aussage gezielt Produkte, welche die Umwelt möglichst wenig belasten. Über die Hälfte boykottiert Produkte von Firmen, welche sich nachweislich umweltschädlich verhalten. Das bekundete Umweltbewusstsein schlägt sich aber noch nicht durchgängig in einem entsprechenden Umweltverhalten nieder. So haben nur acht Prozent der Deutschen bislang auf Ökostrom gewechselt.

In der Umweltbewusstseinsstudie 2010 wird erneut das Milieumodell des Sinus-Instituts verwendet. Dabei zeigen sich teilweise erhebliche milieuspezifische Unterschiede im Umweltbewusstsein und -verhalten. Vor allem das Sozialökologische Milieu ist besonders und relativ konsistent umweltinteressiert. Die sozial benachteiligten, gelegentlich aber auch die eher konservativ eingestellten Milieus sehen zwar ebenfalls die Notwendigkeit und die Chancen von Umwelt- und Klimaschutz im allgemeinen recht deutlich, sind aber oft zurückhaltender im Hinblick auf umweltpolitische Forderungen und Handlungsbereitschaften. Generell sind unter Menschen mit niedrigeren Einkommen die Anteile der Befragten geringer, welche große Umweltschutz-Potenziale der Akteure sehen.

Auch beim Potenzial für kulturelle Innovationen in der Gesellschaft sind milieuspezifische Unterschiede festzustellen: Beispielsweise findet jeder vierte Autofahrer Car-Sharing attraktiv, darunter sind vor allem jüngere und gut gebildete Personen, Frauen und Westdeutsche. Auch würde die Hälfte der Bevölkerung die Möglichkeit begrüßen, Gegenstände des täglichen Bedarfs wie elektrische Haushaltsgeräte, Gartengeräte oder Renovierungswerkzeuge gegen Gebühr im unmittelbaren Wohnumfeld auszuleihen. Gut Gebildete und Personen mit höherem Einkommen sind hierbei deutlich stärker vertreten.

Ähnliche soziale Unterschiede zeigen sich auch beim Anteil an Engagierten im Umwelt- oder Naturschutz, der sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt hat: von vier Prozent in 2008 auf neun Prozent in der aktuellen Umfrage. Dabei sind Mitglieder von Umwelt- und Naturschutzverbänden häufig gut gebildet und verfügen über ein hohes Haushaltsnettoeinkommen.

Die aktuelle Studie steht unter <http://www.uba.de/uba-info-medien/4045.html> zum Download bereit.

Dessau-Roßlau, 16.12.2010
(3.866 Zeichen)